

Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der "Cübeder Volksbote" erscheint täglich nachmittags (soferne es Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeiträge „Die Neue Welt“, vierjährlich 200 M., monatlich 20 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon 24. 222.

Die Ausgabegebühr beträgt für die geschäftsgünstige Zeit 10 Pf., deren Kosten 20 Pf. Veranlassungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärts 20 Pf. — Interesse für die arme Klasse erhalten bis 9 Uhr vormittags, möglich früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 49.

Montag, den 28. Februar 1916.

23. Jahrg.

Staatsmonopole oder neue Steuern?

Tatsächlich hat denn auch in den früheren Fällen, z. B. bei der Beratung des Kali- und Petroleummonops, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Zustimmung oder Ablehnung zum Monopolvorschlag nicht davon abhängig gemacht, daß der Staat mit dem Monopol keine finanziellen Zweide verschafft, auch nicht, daß er kleinere Preiserhöhungen vornehme, sondern es war die Eigenart der betreffenden Monopolentwürfe entscheidend. So wurden z. B. im März 1912 bei der Beratung des Kaligesches in der Fraktion hauptsächlich folgende Voraussetzungen für die Zustimmung zur Verstaatlichung gestellt:

Die Erwerbung der bestehenden Betriebe erfolgt auf Grundlage der tatsächlichen Anlagekosten.

Die Monopolleitung geschieht unter Mitwirkung eines Beirates, der teils vom Bundesrat, teils vom Reichstag, teils von den in den Monopolbetrieben beschäftigten Arbeitern und Beamten erwählt wird.

Keine Schmälerung und Koalitionsfreiheit.

Gültigkeit aller Arbeitsschutzgesetze.

Belebung der Arbeitszeit auf acht Stunden.

Wahl von Arbeiterausschüssen, die zusammen mit der Betriebsleitung die Löhne auf Grund von Mindestlöhnen zu verhandeln haben unter Genehmigung des Reichstags.

Damit ist selbstverständlich nicht gesagt, daß für die Zustimmung zu Monopolen anderer Art wieder genau dieselben Bedingungen maßgebend sein müssen. Es kommen je nach der Besonderheit der Monopole die verschiedenartigsten Fragen und Garantien in Betracht, z. B. wie die Erwerbung erfolgen soll, welche Entschädigungen gewährt werden, wie viele Arbeiter voraussichtlich entlassen werden müssen, wie weit die in der Arbeit Verbleibenden noch fünfzig besser stehen werden, welche hygienischen Maßregeln garantiiert werden usw.

Selbstverständlich spielt auch die zur Durchführung erforderliche Summe, ihre Beschaffung (z. B. durch Anleihen), der Einfluß auf das gesamte Wirtschaftsleben, der Umsatz des nötigen Beamtenapparates usw. eine Rolle.

Die Einführung eines staatlichen Versicherungsmonopols (vielleicht zunächst nur für Feuer- und Lebensversicherung) oder eines Kohlenmonopols würde sich z. B. technisch weit leichter durchführen lassen als ein Tabakmonopol, einen geringeren Verwaltungsaufwand erfordern, weniger Arbeitskräfte freisehen und zudem schon bei sehr mäßigen Preissteigerungen größere Erträge abwerfen.

Vor allem ist der Kohlenbergbau (in gewissem Sinne der ganze Bergbau) infolge seiner technischen Entwicklung und seiner Konzentration längst reif zur Verstaatlichung, brauchten doch in diesem Fall die bestehenden Privatmonopole, wie das Rheinisch-westfälische Kohlenkartell und die Oberflächliche Kohlenkonvention, nur in staatliche Syndikate umgewandelt zu werden. Im Falle einer Verstaatlichung des Kohlenbergbaues wäre also zunächst gar nicht nötig, alle einzelnen Grubenbetriebe anzusaugen oder zu enteignen und zu diesem Zweck ein riesiges Kapital zu beschaffen, dessen Aufbringung nach dem Kriege auf allergrößte Schwierigkeiten stoßen würde. Es würde vielmehr genügen, wenn sich der Staat das Recht des Abbaues der im Privatbesitz befindlichen, noch nicht in Angriff genommenen Kohlenfelder gegen eine mäßige ratenweise zu entrichtende Absindungssumme vorbehält, alle bereits in Betrieb befindlichen Bergwerke aber zu einem oder mehreren Zwangsyndikaten vereinigt, die unter staatlicher Kontrolle standen und in denen der Staat die entscheidende Stimme über Ausdehnung und Einschränkung der Förderung, Festsetzung der Preise usw. hätte. Alle von den zum Syndikat gehörenden Zechen produzierten Kohlen (auch Kohle und Nebenprodukte) werden jedoch nicht vom Syndikat selbst verkauft, sondern von diesen dem Staat bezw. den von diesen errichteten staatlichen Betriebsämtern oder Betriebsgesellschaften ausgeliefert, die den weiteren Betrieb an die Groß- und Kleinconsumenten zu beorgen hätten. Für diese dem Staat gelieferten Kohlemengen bezahlt er dem Syndikat Preise, die den Zechenbetrieben eine mögliche Rentabilität sichern und nach den Durchschnittspreisen der letzten zehn oder fünfzehn Jahre berechnet werden. Das Syndikat hat dann von dieser Gesamtsumme den einzelnen Zechenbetrieben den auf sie entfallenden Anteil zuzuhören; es fungiert also zugleich als Abrechnungsinstitut. Die staatlichen Zechenbetriebe werden ebenfalls dem Syndikat angegliedert, aber mit dem Vorrecht, daß sie gewisse Fördermengen direkt an bestimmte staatliche Betriebe, z. B. an die Eisenbahngesellschaft unter Umgehung der staatlichen Betriebsämter abgeben dürfen. Auch wo Zechenbetriebe mit Hochöfen, Stahl- und Walzwerken verbunden sind, mögen diese die von ihnen benötigten Kohlenmengen direkt von den mit ihnen verbundenen Zechen beziehen, natürlich nur gegen Zahlung eines Zuschlagspreises an das Syndikat, der ungefähr der Differenz zwischen dem Preise entspricht, zu dem die staatlichen Betriebsämter die Kohlen erhalten, und dem Preise, zu dem sie diese wieder an Hüttenwerke abgeben.

Der Staat würde also nicht den ganzen, bisher den Zechenbesitzern zugeschlagenen Unternehmergeinn erhalten; sondern nur einen Teil desselben. Ein anderer Teil würde den Zechenbesitzern verbleiben; dafür aber hätte der Staat auch nicht die großen Kapitalien aufzubringen, die zur Absindung der Zechenbesitzer nötig wären; er brauchte für diese Kapitalien, die nach dem Kriege, wenn überhaupt, nur durch hochverzinsliche Anleihen zu beschaffen wären, nicht alljährlich die Zinsen zu bezahlen, und er brauchte ferner nicht einen gewaltigen Verwaltungsaufwand. Lebendig liege sich mit solcher staatlichen Monopolisierung der Kohlenversorgung zugleich auch eine allmäßliche Enteignung oder Absindung der jüngsten Kohlengrubenbesitzer durchführen. So könnte beispielweise zugleich auf der Grundlage der von den einzelnen Gruben in den letzten zehn oder fünfzehn Jahren erzielten Gewinne und der gegebenen Leistungsfähigkeit der Kapitalwert der Zechen festgestellt und ein gewisser Prozentsatz der ihnen vom Staat gezahlten Kohlenpreise als Ratenentzahlung auf die betreffende Absindungssumme verteilt werden, so daß nach Ablauf einer längeren Periode, vielleicht nach vierzig, fünfzig, sechzig Jahren, entweder der Grubenbesitz ohne weiteres oder gegen Auszahlung des noch verbliebenen Restes der Absindungssumme in den vollen Besitz des Staates übergeht.

Trotzdem der Staat in soinem Fall nur einen Teil des Unternehmergeinnies erhältte, würde dennoch dadurch eine recht beträchtliche Summe in die Reichskasse fließen, denn der Kohlenbergbau hat in den letzten Jahrzehnten recht hohe Profite abgeworfen, und es bestehen die allerbesten Aussichten, daß er nach dem Kriege noch weit höhere Gewinne abwerfen wird. Zugemeben würde ja bei einem derartigen Monopol dem Staat der bislang im Kohlenhandel erzielte beträchtliche Handelsprofit zufließen.

Aber würde der Staat nicht bald dazu kommen, die Kohlenpreise zu erhöhen, um höhere Staatseinnahmen zu erhalten? Ich muß aufrichtig gestehen, daß ich solche Preissteigerung nicht nur für möglich, sondern für sehr wahrscheinlich halte — nur bin ich der Überzeugung, daß wir in den kommenden Jahren ohnehin, auch wenn kein staatliches Monopol zu stande kommt, mit einer beträchtlichen Preissteigerung auf dem Kohlenmarkt rechnen müssen. Überall, abgesehen von Deutschland und England, herrscht in Europa Kohlenmangel, und selbst in diesen beiden Ländern sind die Preise gestiegen, in England noch mehr als in Deutschland, so daß tatsächlich heute Deutschland für verschiedene Kohlenarten die niedrigsten Preise in Europa hat. Diese hohen Preise in den verschiedenen Ländern werden zwar nach dem Kriege fallen, aber es ist ganz ausichtslos, daß sie auf ihren Stand vor dem Kriege zurückkehren. Die Preise sind überall knapp, daß die Nachfrage nach dem Kriege die Preise aus bisher ungewöhnlicher Höhe halten wird, besonders, wenn erstmals die heutige vielfach brüderliche industrielle Tätigkeit überall wieder einsetzt. Und zwar handelt es sich nicht um eine bald wieder ablaufende, sondern um eine im ganzen aufwärts gerichtete Preisbewegung, mag auch diese im weiteren Verlauf durch kurze Abschwungszeiten unterbrochen

werden. Je mehr die Industrialisierung Europas steigt, desto mehr wird sich auch der Kohlenbedarf steigern, die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten vermögen aber damals nicht ganz neue technische Umwälzungen einzuführen, kaum Schritt zu halten. Die wirtschaftliche Entwicklung hat bereits dahin geführt, daß es heute in Europa nur noch zwei Länder gibt, die mehr Steinkohlen erzeugen, als sie für ihren eigenen Bedarf gebrauchen: Deutschland und England. Belgien, das noch vor wenigen Jahren seinen Bedarf an Kohlen selbst zu decken vermochte, ist bereits vor dem Kriege zum Kohlenimportland geworden. Frankreich produzierte in den letzten Jahren vor dem Kriege nur noch knapp zwei Drittel seines Bedarfs selbst. Österreich-Ungarn und Spanien decken ihren Bedarf an Steinkohlen nur ungefähr zur Hälfte aus ihrem eigenen Kohlenbergbau. Italien förderte gar nur ein Fünftel seines Bedarfs selbst. Und nicht anders steht es mit der Schweiz, den Niederländern und den skandinavischen Ländern. Holland erzeugte z. B. in den letzten Jahren noch nicht ein Siebtel, Schweden noch nicht ein Dreißigstel seines Kohlenverbrauchs.

Steigen werden also die Kohlenpreise in jedem Fall, mit oder ohne Monopol, der Unterschied ist nur, daß die Profit- und Vermögenssteigerung in dem einen Fall in die Tasche der Zechenbesitzer fällt, im anderen Fall in die Tasche des Staates, in die Reichskasse z. B. durch kostspielige Ausgaben. Was vorzusehen ist, braucht nicht erst lang und breit auseinandergelegt zu werden. Zudem aber sind zu niedrigen Kohlenpreisen nicht nur die Arbeiter, sondern der ganze Mittelpunkt, auf dem ganze Industrie interessiert und eine auf erheblichen Verlusten dieses Interesses würde sofort in allen Kreisen eine starke Gegenbewegung hervorrufen.

Zudem bietet das Kohlenmonopol vor anderen Monopolen viele Vorteile. Eine Verminderung der Arbeitszeit ist z. B. bei der Durchführung eines solchen Monopols völlig ausgeschlossen, während durch das Tabakmonopol zweifellos ein großer Teil der Tabakarbeiter und Kleinhändler seine wirtschaftliche Existenz verlieren würde. Zudem aber müßte der Reichstag selbstverständlich einen gewissen Einfluß, vielleicht durch Erwählung eines der Monopolverwaltung zur Seite stehenden Beirates oder Prüfungsausschusses, auf die Kohlenpreise erhalten.

Darum aber, welche Monopole und welche Steuern im Interesse der Arbeitersklasse vorzuziehen sind, handelt es sich heute nicht mehr um die bloße Frage, ob man überhaupt Monopole oder Steuern wolle. Solche Frage ist unter den gegebenen Verhältnissen ganz zwecklos. Sicherlich, die sozialdemokratische Fraktion kann erklären, wir wollen überhaupt keine Steuern oder Monopole, höchstens eine Reichsvermögens- oder Reichssteuer kommen lassen. Über es wäre mehr als naiv zu glauben, daß nun deshalb die Einführung von Monopolen einfach unterbleibe. Der Erfolg würde lediglich sein, daß die bürgerlichen Parteien solche Monopole einstreben, die ihnen von ihrem Standpunkt aus als die verhältnismäßig günstigsten erscheinen.

Von den Kriegsschauplätzen.

In einem breitköpfigen Keil ragt nun mehr die deutsche Stellung um Verdun in die französische Frontlinie hinein. Die Spitze desselben ist das Fort Douaumont, dessen Rückeroberung die Franzosen am Sonnabend vergeblich versucht. Das Bestreben der deutschen Heeresleitung ist nun darauf gerichtet, diesen Keil beiderseits zu erweitern, um ihn so den französischen Angriffen gegenüber widerstandsfähiger zu gestalten. Wie der gestrige Tagesbericht meldet, ist dieses Bestreben bisher nicht ohne Erfolg geblieben.

Die Lage um Verdun hat aber überdies eine plötzliche Wendung genommen, die, wenn auch ihre strategische Tragweite noch nicht übersehen werden kann, ohne Zweifel von außerordentlicher Bedeutung ist: Fast die ganze französische Front in der Woëvre-Ebene ist unter dem gewaltigen Druck eines deutschen Angriffs zusammengebrochen. In weitem Halbkreis ging seit unserem Vortrag auf St. Mihiel die Kampffront von Ornes (das bis vor kurzem in französischem Besitz war) südlich der Straße, die nach Stein führt und weiter in nach Osten und Süden ausdehnender Kurve über Marcheville (das von Deutschen besetzt war) nach Combres, wo unsere Linie auf der berühmten Maasrhöhe und damit auf den Maasrücken verläuft ist. Es war ein gewaltiger Rückgang von 25 Kilometern Länge und bis zu 10 über 11 Kilometer Breite, so stark wie nie — über

dessen Gründfläche vom Rand der in der Linie Hannes-Combres nach Südosten ziehenden Maasrhöhe gebildet wurde und der nun im Begriff ist, zusammenzufallen. Auf den ganzen Linie von Ornes bis hinüber nach Marcheville ist der feindliche Widerstand in der Woëvre-Ebene zusammengebrochen. Der Feind weicht und wird verfolgt. Er wird versuchen, wieder zum Stehen zu kommen — der Höhenzug westlich der Straße Ornes—Chatillon könnte ihm gute Verteidigungsstellungen bieten — aber die deutschen Truppen sind ihm dichtauf!

Ein breiter Abschnitt der feindlichen Front ist nun komplett gebrochen. Im Norden, Osten und Südosten von Verdun wird ein mächtiger Angriff konzentriert vorgetragen. Die Verteidiger der Festung Verdun werden auf ihre festen Werke zurückgeworfen. Eine der härtesten Panzerfesten ist gefallen. Das ist, neben nahezu 15 000 Gefallenen, das Ereignis von wenigen Kampftagen!

Angesichts dieser Sachlage ist die Haltung der Entente einer unangenehmen Situation. Ihre Haltung ist eine verschleierte. Teilweise betrachten sie die Lage als ernst, wollen aber der Bedrohung weismachen, daß Verdun eigentlich nur eine Stütze darstellt, deren eventueller Fall nicht von großer militärischer Bedeutung sei. Wenn die Deutschen

wollten, so würden sie jenseits Verduns noch ein halbes Dutzend Verteidigungslinien hintereinander finden. Das ist allerdings ein Trost, wenn auch ein sehr schwacher.

Eine erstenliche Meldung bringt heute auch der österreichisch-ungarische Bericht. Durazzo, die albanische Hauptstadt, ist geronnen worden. Nach guter Vorbereitung und heftigem Angriff ist es einem Teil der österreichischen Truppen gelungen, in Durazzo einzudringen und die Italiener zu verdrängen. Von Kap Palai zieht sich nordwärts der Stadt eine Hügelkette, die bei dem Kap Palai ins Meer fällt und etwa acht Kilometer von der eigentlichen Küste vorspringt. Dieser Zwischenraum ist mit Lagunen gefüllt. Durch diese mussten die tapferen österreichischen Truppen waten, ehe sie bis zur Stadt vorgedrungen waren. Als sie auch von den in der inneren Stadt angelegten Befestigungen die Italiener vertrieben hatten, wurde eine stärkere Gruppe auf Holzstößen über den See gelegt und trotz der Beschießung der im gegenüberliegenden Teil des Hafens von Durazzo unter Damps liegenden italienischen Flotte drangen die österreichischen Truppen in die Stadt. Seit Sonnabend dringen aus dem Innern der Stadt große Rauchwolken; da die Stadt recht enge Gassen hat, ist Gefahr vorhanden, daß dem Brand viele Gebäude zum Opfer fallen; derjelbe dürfte durch das Feuer der italienischen Flotte entstanden sein.

Wie sich nun die Entwicklung in Albanien weiter gehalten wird, ist noch unbestimmt. Werden die Italiener und ihre albanischen Helfer von Balona halten? Nach der Turiner "Stampa" ist Balona völlig sicher und ruhig und der feindliche Portmarch nicht bedrohlich. Dagegen haben sich nach mehreren anderen Meldungen die Italiener aus den vorgelobten Positionen bei Balona bereits zurückgezogen. Die nächsten Tage werden hierüber wohl näheren Aufschluß bringen.

Der Seekrieg hat wiederum mehrere Opfer der Entente gefordert.

Der russische Minister Sosanow hat in der Duma den Satz aufgestellt: „Diejenigen, die diesen Krieg verschuldet haben, tragen eine schwere Verantwortung, und in der gegenwärtigen Stunde sind sie zur Schule erklart.“ Diese Worte gaben auf die deutsche Diplomatie, die sich nun beeilt, in der "Roda. Illg. Itz." auf die Bemerkungen des russischen Ministers zu antworten. Schon der russische Minister die Schuld am Kriege auf Deutschland, in behauptet umgekehrt die deutsche Diplomatie, daß einzig und allein Russland die Schuld daran trage, daß dieser Krieg entsteckt wurde. In den Auslastungen der "Roda. Illg. Itz." werden Afferlücke abgedruckt, in denen der Krieg geführt wird, daß der deutsche Gesandter in Petersburg alles getan habe, um Russland von einer Mobilisierung abzuhalten. Teilweise sind diese Utensilien im deutschen Reichstag bereits widergesprochen. Nun ist nur ein Bericht, den der deutsche Gesandter über die Schritte erachtet hat, die er bei der russischen Regierung unternahm, nachdem in der Nacht vom 29. zum 30. Juli die allgemeine Mobilisierung der gesamten russischen Armee und Flotte beschlossen worden war. Der deutsche Gesandter reichte den Gabellen des Herrn Sosanow darauf einvernehmen, daß das Bedenken der allgemeinen Mobilisierung in Deutschland wie ein Blitz einschlagen würde, weil diese Maßnahme im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen eine höhere Bedrohung und Heranziehung Deutschlands bedeute, die ihn das deutsche Volk nicht gefallen lassen werde. Unbegreiflich ist, wie die russische Regierung gerade in dem Augenblick, zu dem verhängnisvolle Schritte der allgemeinen Mobilisierung sich entfalteten konnten, wo ihr bekannt war, daß der deutsche Kaiser und die deutsche Regierung mit dem größten Eifer und nicht ohne Erfolg bemüht waren, zwischen Petersburg und Wien zu vermitteln. Die allgemeine Mobilisierung der russischen Armee kann nur dafür aufgefaßt werden, daß England durchaus den Krieg willte. — Der Gesell des Ministers hat auf diese Darstellungen nicht reagiert und der Gesandter begab sich dann persönlich zur Seite nach Petersburg, um diesen die Folgen der Mobilisierung vor Augen zu führen. Der Zar lehnte eine Zusicherung des "Mobilisierungsberichts" ab, weil dies aus politischen Gründen unzulässig sei.

Die Ausführungen des offiziellen Staates geben dazu noch keinen, daß die russische Regierung ihren französischen Verbündeten gut zufriedig verhältnisse sei, denn in Paris sagten man am Ende des 31. Juli noch nicht, daß England in der Nacht vom 29. zum 30. Juli die Generalmobilmachung verfügt hätte. Die deutsche Gesandtschaft ist in Paris früher bestellt worden und konnte den französischen Gesandten auf die gleiche Weise leicht als Schauspiel der britischen Seite entkräften. Dass sie nicht der Sache entsprach, daß die russische Regierung es war, die den Krieg entschloß, und das war offenbar keinem Herrn Sosanow klar geworden, weil er es bei dem Gespräch überstiegen.

Bei Bedenken hatte die französische Regierung im gegenwärtigen Augenblick nicht. Ein französisches Dokument schreibt darüber hin, wann der Krieg weiter ist, und wenn ein Schuß in die gleiche Richtung der diplomatischen Beziehungen gekommen waren könne. Deutlich ist es gerade gegenwärtig als ein sehr wichtiger Faktor, daß Russland zuerst, aber der Krieg ausgetragen ist, und bevor es es, daß nicht nach und eingehend darüber zu unterscheiden, ob der Krieg nach dem Krieg weiter kann.

Die Kriegslage

■■■■■ Großes Hauptquartier, 26. Febr. (Contd.)
Deutschlicher Kriegsschauplatz.

Die russischen geschahen nicht, daß in der Nacht vom 29. zum 30. Februar 1914 die französischen Truppen in die

gegen die Franzosen südlich von St. Marie-a-Vy die am 12. Februar von uns genommene Stellung an. Es gelang ihnen, in den ersten Gräben in einer Breite von etwa 250 Metern einzudringen.

Deutschlich der Maas wurden in Anwesenheit S. M. des Kaisers und Königs an der Kampffront bedeutsame Fortschritte erzielt. Die französischen Truppen erklommen sich den Berg der Höhen von Laonmont, des Dorfes Louvemont, und der östlich davon liegenden Befestigungsgruppen. Im alten Drang nach vorwärts stießen brandenburgische Regimenter bis zum Dorf und der Panzerfestung Donaumont durch, die sie mit flammender Hand nahmen.

In der Woëvre-Ebene brach der feindliche Widerstand auf der ganzen Front bis in die Gegend von Marcheville (südlich der Nationalstraße Nr. 36, Paris) zusammen. Unsere Truppen folgten dem weichenden Gegner nicht auf.

Die gestern berichtete Einnahme des Dorfes Champneuville bericht aus einer irreführenden Meldung.

Deutschlicher Kriegsschauplatz.

Unser erfolgreicher Gefechter unserer Vorposten ist nichts zu verzerrn.

Ballon-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

■■■■■ Großes Hauptquartier, 27. Febr. (Contd.)

Deutschlicher Kriegsschauplatz.

Am verschiedenen Stellen der Front spielten sich lebhafte Artillerie- und Minenkämpfe ab. Südlich von Spa wurde ein englischer Angriff abgeschlagen.

Auf den Höhen rechts der Maas versuchten die Franzosen in jähmal wiederholten Angriffen mit frisch herangebrachten Truppen die Panzerseite Donaumont zurückzutreiben. Sie wurden blutig abgewiesen. Westlich der Festen nahmen unsere Truppen unweit Champneuville, die Cote de la Telle und sonstigen sich bis nahe an den Südrand des Waldes nordöstlich von Spa vor. Westlich der Festen erströmten sie die erneuteten Befestigungsanlagen von Hardaumont. In der Woëvre-Ebene schreitet die deutsche Front rasch gegen den Fuß der Cotes Lorraine nach vor. Soweit Meldungen vorliegen, beträgt die Zahl der unverwundeten Gefangenen jetzt fast 15 000.

In Flakdern rückholten unsere Flugzeuggeschwader ihre Angreife auf feindliche Truppenlager. In Meg wurden durch Bombardement feindlicher Flieger 8 Toteipersonen und 7 Soldaten verletzt oder getötet, einige Häuser wurden beschädigt. Im Zusammenspiel und durch unsere Flugzeuggruppe wurde je ein französisches Flugzeug im Bereich der Festung abgeschossen; die Insassen, darunter zwei Hauptleute, sind gefangen genommen.

Deutschlicher und Ballon-Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von Bedeutung.

Oberste Heeresleitung.

■■■■■ Wies, 27. Februar. Deutlich wird berichtet:

Russischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Vergeblich ist es an der italienisch-alpinen Front, vor lebhaften Artilleriekämpfen abgekehrt, an mehreren Stellen auch zu heftigen kleinen Infanteriekämpfen. Vor Tagesanbruch machten Unternehmen vor der Belagerung des Götzen Brückenkopfes einen Ausfall bei Peron, Überzahlten des italienischen Feind, schütteten einen Graben zu und brachten 46 Gefangene zurück. Am Rande des Hochplateau von Dobedo ging, nach starker Artillerieworberistung, feindliche Infanterie gegen unsere Stellungen beiderseits des Flusses Sesia und nahm von Meg vor. Die Italiener wurden unter großer blutiger Verlusten abgewiesen und siegten überdies 127 Gefangene, darunter sechs Offiziere, in zuerst harten. Der geistige Tag verlief zufrieden. Torris erhielt wieder einige Granaten.

Südkörper Kriegsschauplatz.

Seite morgens haben unsere Truppen Durazzo in Besitz genommen. Seit gestern vormittag war eine unserer Kolonnen im Gebiet der italienischen Schiffsgeschütze über die nördliche Befestigung verstreut. Sie gelangten bis Portes, 6 Kilometer nördlich von Durazzo. Die über die südl. Engpasslinie verstreuteten Truppen werden erwartet durch die feindliche Schiffsgeschütze in ihrer Verstärkung befindet, doch gelang es zahlreichen Überläufern weiter, sich zusammen und auf Flügen über die Seite südlich von Durazzo zu gewinnen und die darüber liegenden italienischen Truppen zu verlieren. Bei Montebello ist eines unserer Schiffe in die brekende Stadt eingedrungen.

Gegen Frankreich und Belgien.

Die Kämpfe vor Verdun.

Der Contreberichtsleiter des Berliner Volksblattes berichtet aus dem Großen Hauptquartier, die Verdun-Kämpfe und ihre Erfolge bedeuten eine kriegerische Glanzleistung, welche jederzeit jedes einzelnen großen Namens. Die französische Frontlinie lag schon seit Donnerstag in ihren Trümmern. Eine Schallplatte erster Qualität hat die französische Frontlinie auf sie angegeben werden. Ein jeder dieser Schallplatten ist als ein Erinnerung an das ferne Ziel gegangen. Es gelang im Namen der polnischen Heimat, waren den Erfolgen gefolgt, und was die Erfolgsmeistrik Frankreichs mit allen Mitteln der Feindseligkeit gestaltete, legt den der deutschen Luftwaffe und Seeflotte hingerichtet. Schwere wie leicht als die Berliner Erfolgeglück des Generalstabs rings um Verdun, es war ja keiner noch auf dem Platz aufmerksam geworden. Freiheit einer Freiheit ein wahres Symbol der Unabhängigkeit. Das Kriegsgericht liegt, wie der Kriegsgerichtsleiter des Berliner Volksblattes mitteilt, zum Mittelpunkt der Stadt Verdun gerade eine deutsche Reihe entfernt. Der riesige Feld- und Stadtpanzerfeld liegt in Tannenwald, zwischen zweites, unweit gelegenes Fort, rings durch einen einzigen schweren Schuh, der es nun eben durch alle Geschütze bis zur Maximiliankaserne hindurch, ganz wie leinenfest ganz Leder. Die Organisation des Augustes um die Maximiliankaserne und ein Werkraum für jene Arbeiten von unge-

heitem Umfang mußten erst in völliger Verborgenheit ausgeführt werden, sollte der Kampf gegen „uneinnehmbare“ Stellungen mirlich gelingen. Die Entfernung, die von der schweren Artillerie abseits der normalen Eisenbahnenlinien zurückzulegen waren, wurden durch das anhaltende schlechte Wetter und den dadurch eintretenden Zustand der Straßen zur großen Schwierigkeit. Hunderte von Menschen mußten erst die nötigen Verbesserungen der Wege ausführen. Eine weitere Erfahrung war die gute Fundierung der Befestigungen, von deren Haltbarkeit erst die Genauigkeit des schweren Feuers abhing. Wie fabelhaft genou dann noch geschossen wurde, wissen wir heute. Es war offenbar auch gelungen, die Telefonverbindungen mehrerer Artilleriebatterien zu zerstören, da die Artillerie von Verdun manchmal in sehr wichtigen Augenblicken schwieg oder viel zu spät einging. Die sehr gut adjustierten Gefangen erzählten, daß die Wirkung unserer schweren Artillerie ganz unabsehbar durchdrückbar sei. Niemand könnte dies längere Zeit aushalten. Die Gefangen waren sichlich erleichtert, dieser Hölle nun entronnen zu sein.

Nach der "Times" berichten sämtliche Meldungen von der Front, daß sogar das schreckliche Artilleriefeuer bei der Offensive in der Champagne ein Werk mit Petarden im Vergleich mit dem rücksichtslosen Bombardement war, das in dieser Woche von den Maashöhen widerhallte. Die berühmten 30,5- und 42-Zentimeter-Kanonen, die von der russischen und serbischen Front zurückgeführt waren, verstärkten die Kraft der schrecklichen Kanonade, welche die ganze Gegend durchwühlte und ihr Angesicht veränderte. Laufgräben und Feldbefestigungen wurden in Stücke gerissen und vernichtet, wobei kleinere Hügel und Schluchten entstanden. Niemals früher wurde eine Schlacht in allen Einzelheiten so vorbereitet oder wurde durch eine Armee so gewaltig mit artilleristischen Mitteln zur Erringung des Sieges ausgeführt.

Der französische Generalstab

berichtet vom Sonnabend nachmittag: In der Gegend nördlich von Verdun, wo der Feind andauernd seine Anstrengungen gegen die Front östlich der Maas richtet, ist der Kampf noch immer erbittert. Nach den leichten Meldungen leisten unsere Truppen in denselben Stellungen den wiederholten Angriffen des Feindes Widerstand. In der Gegend von Verdun nahmen die im Gang befindlichen Kämpfe den Charakter besonderer Erdstörungen an. In der Front im Woëvre wurden die vorgehobenen Abteilungen, die mit seit den Kämpfen des letzten Jahres als Überwachungslinie zwischen Ornes und Hennemont hielten, auf Befehl des Kommandos und ohne vom General angegriffen zu werden, näher den Fuß der Maashöhen herangeführt. Unsere Artillerie auf dem linken und rechten Maasufer erwidert unermüdlich auf die feindliche Beleidigung. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Deutschlicher Bericht von Sonnabend abend: Im Artois blieben Kampf. Wir brachten zwei Minenherde zur Entzündung, einen westlich der Straße nach Lille, den zweiten östlich Neuville-St. Vaast unter einem vom Feinde bereiteten Verbindungsgraben. In der Champagne wiesen wir einen feindlichen Angriff auf einen von uns genommenen Vinkel südlich St. Marie-a-Vy vollkommen ab. Die Gesamtzahl der von uns dabei gemachten Gefangenen beträgt 340, darunter 9 Offiziere und 36 Unteroffiziere. Unter Zerstörungsergebnissen richten wir auf die deutl. Werke nördlich Ville sur Tourbe und in der Gegend Mont Dœu. In der Gegend nördlich Verdun geht die Beschiebung aufenthaltslos östlich und westlich der Maas weiter. Unsere Truppen antworteten dem Feinde mit kraftvoll geführten Gegenangriffen auf die verschiedenen angegriffenen Punkte. Alle neuen Angriffsversuche der Deutschen in der Gegend von Champneuville und Pont Pôtre (?) wo wir seit eingesetzt waren, wurden abgewiesen. Ein erbitterter Kampf tobte um das Fort Douaumont, das ein vorgehobener Bestandteil der alten Verteidigungsanlagen des Platzes Verdun ist. Die Stellung wurde heute morgen nach mehreren vergeblichen Versuchen vom Feinde genommen. — Nordöstlich von St. Mihiel beschoss unsere schwere Artillerie feindliche Fliegertruppen und die Depots bei Bigneville. Die Deutschen schossen mehrere Granaten schweren Kalibers in Richtung Lunéville und Nancy. — Heute früh Fliegerunteroffizier Navarre in der Gegend von Verdun auf einem Eindecker mit Maschinengewehrfeuer zwei deutsche Flugzeuge ab. Die Zahl der von Navarre abgeschossenen feindlichen Flugzeuge ist damit auf fünf gebracht. Die feindlichen Flugzeuge fielen in unsere Linien herab. Am gleichen Tage hat eines unserer aus neun Flugzeugen bestehenden Beschleunigungsgruppen 140 Granaten auf den Bahnhof von Meg-Les-Sablons abgeworfen. Ein anderes Geschwader bombardierte feindliche Werke bei Chambly (nordöstlich von Pont-a-Mousson).

Belgischer Bericht: Die Artilleriekämpfe waren heute auf unserer Front lebhaft, besonders in der Gegend nördlich von Grimbergen. Unsere Batterien richteten ihr Zerstörungsergebnis auf die feindlichen Arbeiten.

Die Engländer berichten

vom 25. Februar: Unsere Flugzeuge führten gestern eine erfolgreiche Beschleierung des feindlichen Flugplatzes in der Nähe von Lille aus. Sämtliche Flugzeuge kehrten unverletzt zurück. Heute ließ der Feind bei Fricourt eine Mine sprengen, ohne Schaden anzurichten. Unsere Artillerie zeigte sich gegen die feindlichen Schützengräben beim Kanal von Ypres nach Comines und östlich von Bösinghe tätig.

Deutschlicher Bericht von Sonnabend: In der vergangenen Nacht brachten wir bei Loo drei Minen zur Explosion. Die Ergebnisse sind zufriedenstellend. Heute früh unternahm der Feind einen Angriff gegen unsere Gräben südlich von Maricot; er wurde zurückgeschlagen. Gegenwärtige Artillerieaktivität bei Spa.

Belgische Geistliche vor dem Kriegsgericht.

Wegen Kriegsverrats, begangen durch Infiltration von Mannschaften an den Feind, hatten sich vor dem Feldgericht des Generalmentesgerichtes St. Trôis zwei Geistliche, Bosteels und Dierck, der Kaufmann Ducoffe und der Student Desooffe zu verantworten. Das Gericht erkannte gegen den Geistlichen Bosteels in den verdeckten Kriegsverraten, begangen durch die Durchführung von Mannschaften an den Feind, aus zwölf Jahren zurück, gegen Pierlot wegen Verbreitung verbreiter Schriften auf sechs Jahre und einen Monat. Das Gericht erkannte gegen Ducoffe auch sechs Jahre und gegen Desooffe auf vier Jahre Strafhaft.

Gegen Russland.

Der russische Kriegsbericht

geldet unter dem 27. Februar: Westfront: In Galizien und in der Gegend von Michaleze (34 Kilometer südöstlich von Buczac) am Donestr, gelang es dem Feinde nach heftigem Minenwerferfeuer einen Sprengtrichter zu beseitigen, aber ein ungefürsteter Gegangriff unsererseits warf ihn wieder zurück. Raukaustron: Das Ergebnis der Operationen bei Erzurum, die wir mit einem verhältnismäßig geringen Verlust durchführten, bedeutete einen großen Erfolg für uns. Wir nahmen 235 türkische Offiziere, 12735 Soldaten gefangen und erbeuteten neun Fahnen und 323 Geschütze. Außerdem sind uns in Erzurum, einer Festung ersten Ranges, große Depots an Waffen, Munition und Vorräte aller Art, wie sie für große Truppenzusammenziehungen nötig sind, Trains usw., in die Hände gefallen. Die Verfolgungen der Reste der geschlagenen und demoralisierten türkischen Armee wird ohne Aufenthalt fortgesetzt. 50 Werkstätten westlich von Erzurum, an der Straße nach Trepezunt, waren wir feindliche Nachhut zurück und beseitigten das Dorf Ashkala (45 Kilometer nordwestlich von Erzurum).

Die Polenfrage.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ beschäftigt sich mit Sazonows演説. Zur Polenfrage sagt das offizielle Blatt: Alles was Russland während des Krieges an praktischer Gesetzesarbeit für seine Polen geleistet hat, ist lächerlich und schlägt den angeblichen Befreiungsabsichten direkt ins Gesicht. Die Mittelmächte suchen im Gegenzug zu Russland keineswegs Polen durch leere Versprechungen zu gewinnen, sie arbeiten praktisch für das Wohl des Landes, soweit dies in einem von der russischen Soldateska fast vollkommen verwüsteten Gebiete möglich ist. Sie bemühen sich um die Versorgung des darbietenden Landes, die bisher durch England und Russland unmöglich gemacht wird. Sie sorgen für das körperliche und, soweit es geht, auch für das geistige Wohl der Polen. Aus diesem Grunde suchen auch alle führenden Politiker des polnischen Volkes ihren Anschluß nicht mehr bei den durch Glück bisher nur wenig begünstigten russischen Fahnen, sondern da wo sie nicht leere Worte, sondern greifbare Aussichten auf die Erfüllung ihrer nationalen Wünsche erhalten können. Das Schicksal Polens hat aufgehört in der Hand russischer Minister zu liegen. Die Hände, denen es anvertraut ist, werden es vor der Rückkehr der russischen Misswirtschaft bewahren und von ihren Folgen innerlich wie äußerlich zu heilen wissen.

Gegen England.

Das Opfer des letzten Lustangriffs.

Amtlich wird aus London mitgeteilt: Wie endgültig festgestellt wurde, sind bei dem Lustangriff am 31. Januar 164 Personen getötet oder verwundet worden. Die Zahl der geworfenen Bomben beträgt 392.

Der Seefried.

Berjenste Dampfer.

Der britische Dampfer „Fasinet“ (2227 Tonnen) ist versunken worden. Alle Personen wurden gerettet. — Der britische Dampfer „Dido“ (4769 Tonnen) ist ebenfalls versunken worden. Nur ein Teil der Besatzung wurde gerettet. — Nach einer Mitteilung des französischen Marineministeriums wurde der untergegangene britische Dampfer „Festne“ im westlichen Mittelmeer von einem U-Boot versenkt. Die Besatzung wurde von einem französischen Schiff gerettet. Der Kapitän der „Festne“ erklärte, er habe dasselbe U-Boot vorher das schwedische Schiff „Tornborg“ versenken sehen. Das U-Boot habe die Rettungsboote der „Tornborg“ geschnitten. — Der belgische Dampfer „Petite Henritte“ wurde bei Blüthenen von einem deutschen Unterseeboot versenkt. Die Besatzung konnte sich retten. — Die britischen Dampfer „Denabu“ und „Tummel“ sind versunken worden. Fünf Überlebende des „Tummel“ sind gerettet, sieben werden vernichtet. — In Marseille traf die Nachricht von der Torpedierung eines Dampfers ein. Es dürfte sich um den Dampfer „Wesiodor“ handeln. Der Dampfer „Treverlyn“ traf ein Boot mit 15 Mann und rettete die Insassen. Eine andere Bootsbewaffnung von einem unbekannten Dampfer wurde geborgen. Nach Mitteilungen eines Mannes von der „Westvorstadt“ wurde der Dampfer durch ein Geschoss in zwei Teile zerbrochen. Ferner hat in Marseille ein Torpedoboot ein Schiffsschott des Segelschiffes „Robine“ geschnitten, das am 23. Februar im Mittelmeer durch ein feindliches U-Boot torpediert worden ist. In dem Schiffsschott befinden sich als das Torpedoboot es aufnahm, sechs Überlebende der Besatzung und zwei tote Seeleute.

Zwei Postdampfer untergegangen.

Der englische Dampfer „Maloya“ ist auf der Höhe von Dover untergegangen. Er soll auf eine Mine gelaufen sein. Der Dampfer hatte 57 Passagiere an Bord und befand sich auf der Fahrt nach Romant. Die heftige Explosion ließ die Häuser der Stadt Dover erschittern. Ein anderer Dampfer, der den Schiffbrüchigen zu Hilfe eilte, lief ebenfalls auf eine Mine und verschwand. Die untergegangene „Maloya“ war ein Postdampfer von 1241 Tonnen. Drei Leichen sind in Dover gefunden worden. Die Überlebenden sollen auf ein Hospitalschiff gebracht worden sein. Der Dampfer, welcher auf eine Mine lief, als er dem Postdampfer „Maloya“ zu Hilfe eilte, war die „Empress of Fort William“, 2181 Tonnen. Sie sank innerhalb einer halben Stunde. Die Besatzung ist gelandet.

Der Postdampfer „Medemblik“ der Zeeland-Linie, 2885 Tonnen, ist auf der Reise nach Flushing auf eine Mine gelaufen. Das Schiff ist verloren. Die Zeeland-Kompanie erhält ein Telegramm, wonach sich die Fahrgäste und die Besatzung der „Medemblik“ an Bord des holländischen Dampfers „Westfront“ befinden.

Besser ist der schwedische Dampfer „Birgit“ (1117 Tonnen) untergegangen. 17 Überlebende konnten gerettet werden.

Die unheilige „Möre“.

In Londoner Schiffs- und Handelskreisen rief die Tätigkeit der „Möre“ lebhafte Beunruhigung hervor; sie rüttete heftige Angreife gegen die Admiralität, daß sie bisher keine ernstlichen Verträge unterzeichnet, die „Möre“ abzutragen. Der Daily Telegraph verurteilte den Schaden, den die „Möre“ bisher der Handelsmarine zugestellt hat, auf drei Millionen Pfund Sterling.

Folgen des neunjährigen Weltkrieges.

Die englische Admiralität, der durch die Ernennung eines Kommissars als Beirat des Blockadeamisters entscheidender Einfluß auf die Blockadeführung eingeräumt wird, wird als erste Kugel der Londoner Delegation formell über Bord gehen und jede Verhandlung zwischen bedingter und unabdingter Sperrzone ausscheiden.

Japaner nach amerikanischem Gebiet. Telegramme aus Tokio melden, daß ein japanisches Geschwader von fünf Kreuzern plötzlich in die südamerikanischen Gewässer heudert worden sei.

Die Kämpfe im Orient.

Verlust von russischen Dampfern.

Von der russisch-armenischen Grenze wird gemeldet: In Odessa und anderen Städten am Schwarzen Meer wird bekannt, daß die Zahl der auf dem Schwarzen Meer untergegangenen russischen Dampfer in letzter Zeit sich vermehrt habe; die Ursachen des Untergangs seien treibende Minen oder Unterseeboote.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Sanitäter für den Waffendienst.

Eine Kaiserliche Verordnung vom 19. Februar aus dem Großen Hauptquartier besagt: Ich bestimme, daß die kriegsverwendungsfähigen männlichen Personen der Freiwilligen Krankenpflege in den Clappern und in den Gebieten der Generalgouvernements zunächst bis höchstens 50 vom Haupt der gesamten Korpssstärke für den Waffendienst verfügbar gemacht und durch militärisches Personal ersezt werden. Ob ausscheidende Delegierte ersezt werden sollen, überlässe ich der Vereinbarung zwischen meinem Kommissar und Militärinspekteur der freiwilligen Krankenpflege und dem Chef des Feldsanitätswesens. Bei dem Ausscheiden einer so großen Zahl von Verlorenen aus der freiwilligen Krankenpflege ist es mir ein Bedürfnis, dieser meine dankbare Anerkennung für die bisher in so hohem Maße bewiesene Opferwilligkeit und ihr durch langjährige, sorgfältige Friedensarbeit vorbereitetes segensreiches Wirken zum Besten der verwundeten und franken Krieger auszusprechen.

Zur Beschlagnahme deutscher Schiffe in Portugal.

Im vereinbarten Handels- und Schiffsvertrag beider Länder lautet Artikel 2: Die Angehörigen eines jeden der vertragschließenden Teile sollen in dem Gebiete des anderen von jedem persönlichen Dienst im Landheer, in der Marine und in der Nationalmiliz sowie von allen Kriegslasten, Zwangsanleihen, militärischen Requisitionen und Kontributionen irgendeiner Art frei sein. Eine Sequestration ihrer Besitzungen oder eine Beschlagnahme ihrer Schiffe, Ladungen, Waren oder Ersparnissen zu irgendwelchem öffentlichen Gebrauche soll nicht stattfinden ohne vorgängige Bewilligung einer auf gerechten und billigen Grundlagen unter den beteiligten Parteien festgesetzten Entschädigung.

Der portugiesische Ministerpräsident erklärt auf eine Anfrage, die Beschlagnahme der deutschen Schiffe war infolge der wirtschaftlichen Lage des Landes notwendig; es wurden gleichzeitig alle Schiffe beschlagnahmt, um Zerstörungen vorzuheben, von denen schwere Fälle auf sieben Schiffen festgestellt wurden.

Festgehaltene Postpakete in Schweden.

„Vrshchensja Wjedomost“ verzeichnet unter heftigen Ausfällen gegen Schweden die Tatsache, daß seit mehr als einem Monat keine Postpakete mehr über Schweden aus England in Russland eingetroffen sind. Die englischen Postbehörden hätten sich veranlaßt gesehen, infolge der andauernden Scherereien, die den englischen Postsendungen in Schweden bereitet werden, den weiten Umweg über Japan zu wählen. Noch würden von den schwedischen Behörden in Haparanda 58 000 englische und 2000 russische Postpakete zurückgehalten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 28. Februar.

Zur Kartoffel-Enteignung wird amtlich unter dem 26. Februar aus Berlin gemeldet: Die Reichsleitung erließ, um alle etwaigen Widersprüche bei der Verteilung der Kartoffeln brechen zu können, eine Bekanntmachung, welche die Kartoffelerzeuger veranlassen soll, alle in ihrer Wirtschaft nicht erforderlichen Kartoffelvorräte auf Erfordern abzugeben und es nicht auf die Enteignung ankommen zu lassen. Sie erlich zu diesem Zweck folgende Verordnung: Jeder Kartoffelerzeuger hat auf Erfordern alle Vorräte abzugeben, die zur Fortführung seiner Wirtschaft bis zur nächsten Ernte nicht erforderlich sind. Im Falle der Enteignung sind dem Kartoffelerzeuger, sofern der Bedarf nicht geringer ist, zu belassen: 1. Für jeden Angehörigen seiner Wirtschaft einschließlich des Gehindes, sowie der Naturalberechtigten, insbesondere der Altkreisler und Arbeiter, soweit sie frost ihrer Bereitigung oder als Lohn Kartoffeln zu beanspruchen haben, für den Korn und Tag ein und einhalb Pfund bis zum 15. 8. 16. 2. des unentbehrlichen Siedgut bis zu einem Höchstbetrag von zwanzig Doppelpfunden für den Hektar Kartoffelanbaufläche des Erntejahres 1915, insofern die Verwendung zu Sozialzwecken sichergestellt ist. Außerdem sollen im Falle der Enteignung dem Kartoffelerzeuger die zur Viehhaltung bis zum 31. 5. 16 unentbehrlichen Vorräte belassen werden. Diese Bestimmung, die in einschreitender Weise diejenigen befürteilt, welche es zur Enteignung kommen lassen wird, wie zu erwarten, den gewünschten Erfolg haben. Als Ergänzung hierzu sind weitere verschärften Maßnahmen in Aussicht genommen.

Weitere Fahrpreisermäßigung: Die für Angehörige franker, verwundeter oder verdorbenen Kriegsteilnehmer eingeschaffte Fahrpreisermäßigung wird mit sofortiger Gültigkeit unter den für entferntere Verwendungen vorgesehenen Voransetzungen auf Stiefelkinder und Stiefeleiswitzer der Kriegsteilnehmer aufgedeckt.

Die Altersrente. Die Altersrente wird vom vollendeten 70. Lebensjahr an gezahlt, auch wenn der Rentner noch seinen möglichen Lohn verdient. Es muß nachgewiesen werden, daß mindestens 1200 Beitragswochen vorhanden sind. Da aber für die Rechte der Schreiber der Verjährung erst mit dem 1. Januar 1891 in Kraft trat, kann heute noch keiner 1200 Beitragswochen nachweisen. Es sind deshalb Übergangsbedingungen getroffen worden, die es ermöglichen, daß schon seit Jahren Altersrente gezahlt wird. Ohne auf die Bestimmungen näher einzugehen, sei nur mitgeteilt, daß für Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Dienstboten, Handlungsgehilfen und Betriebsbeamte, die im Jahre des Jahres 1916 ihr 70. Lebensjahr vollendet haben, mindestens 1000 bis 1040 Beitragswochen in Frage kommen müssen, um Rente zu erhalten.

Wer nach Eintreten der Versicherung beschäftigt war als Hauseigentümer der Tabakfabrikation brachte im Jahre 1916 mindestens 900 bis 1000 Beitragswochen und als hauseigentümer der Textilindustrie mit Versicherungspflicht vom Jahr 1904 mindestens 854 bis 894 Beitragswochen, die hauseigentümer der Textilindustrie mit Versicherungspflicht vom Jahre 1896 benötigen 810 bis 840 Beitragswochen.

Alters- und Invalidenrente können nicht zusammen bezogen werden. Es wird immer der Betrag der höheren Rente ausgezahlt. Dagegen kann Unfall- und Altersrente bis zum 7% fachen Grundbetrag der Invalidenrente zusammen bezogen werden. Den Antrag auf Altersrente muß der Versicherte selbst stellen, der Staat fordert dazu nicht auf, wie vielfach angenommen wird. Sind noch nicht genügend Beitragswochen vorhanden, dann muß mit dem Antrag gewartet werden, bis die nötige Anzahl erreicht ist. Der Bezug von Altersrente besteht nicht von der Invalidenversicherungspflicht. Wer aber Altersrente beansprucht, darf Invalidenrente nicht mehr ziehen.

Die Höhe der Altersrente wird wie folgt festgestellt: Das Reich gibt für jede Altersrente einen jährlichen Zuschuß von 50 M. (Reichsmark). Die Landesversicherungsanstalt zahlt in der Lohnklasse 1: 60 M., Klasse 2: 90 M., Klasse 3: 120 M., Klasse 4: 150 M., Klasse 5: 180 M. Würde also jemand seine Beiträge nur in Lohnklasse 1 geleistet haben, so beträgt seine Rente 60 + 50 = 110 M. in Lohnklasse 5: 180 + 50 = 230 M. Es kommt nur selten vor, daß nur Beiträge einer Lohnklasse entrichtet sind. Meistens fallen die Beiträge in verschiedene Lohnklassen. In solchen Fällen wird der entsprechende Durchschnitt gewählt.

Anträge auf Altersrente sind in der Stadt Lübeck an das Versicherungsamt, Parade 1, im Landgebiet an die Gemeindevertreter zu richten, die den Antrag an das Versicherungsamt weiter geben. Dem Antrag sind die leichten Invalidenrente, die Aufrechnungsberechtigungen über die umgetauschten Quittungskarten, Geburtsurkunde sowie Bescheinigungen über Krankheits- und Militärdienstwochen beizufügen. Krankheits- und Militärdienstwochen zählen als Beiträge der Lohnklasse 2. Wenn aber die Krankheit ununterbrochen über ein Jahr dauert, wird die weitere Dauer nicht angerechnet.

Und dann los auf die deutsche Jugend. Dem „Reichsbote“ geht aus seinem Leserkreis eine Anregung zu, die nach seiner Meinung „im Hinblick auf den vorliegenden Notstand immerhin Beachtung verdient“. Sie lautet also:

„Nach allem, was man hört, ist auf dem Lande und auch in den Städten ein empfindlicher Mangel an Lehrern. Man fragt über die Jugend, nicht am wenigsten eben gerade über die Schuljugend, die sich vielfach zuchtlös benimmt. Wir auch der „Reichsbote“ lag, nun eingegangen werden, ohne daß lange gewartet wird. Ich meine eigentlich, daß man dem Lehrermangel dann leicht würde abhelfen können, wenn man genügend gebildete Kriegsbeschädigte damit betraut. Sie müssen eine genügende allgemeine Schulbildung haben. Daß sie den „Einjährigen-Schein“ beitreten, wird wohl gar nicht notwendig sein. Wenn jemand die Bildung der Volksschule vertieft hat, dann wird es genügen, wenn er einige Wochen vorbereitet wird. Und dann los auf die deutsche Jugend! Nicht nur auf das „was“, sondern auch auf das „wie“ kommt es an. Und ein solcher Kriegsverletzter wird die Jungen schon Mores lehren, jedenfalls nicht schlechter als die alten Lehrer Friedrichs des Großen, die in vielen Fällen alte Unterrichtsmethoden verwendeten. Der betreffende Kriegsbeschädigte könnte für seine Tätigkeit eine Bezahlung erhalten, die jedenfalls nicht sehr hoch zu sein braucht. Er wird sie zu seinem Vorsoldgeld gern hinzunehmen. Und die Fachlehrer werden um des Vaterlands willen nicht so empfindlich sein, wenn während des Krieges auch „Kriegslehrer“ an ihre Stelle treten. Nach dem Kriege hat der „Kriegslehrer“ vielleicht in einigen Fällen sogar einen neuen Arbeit gefunden, daß er sich entschließen will, wieder zu werden.“

Wir begrüßen, so schreibt hierzu die „Deutsche Lehrerfortbildung“, in dem „Kriegslehrer“ einen alten Bekannten, der in Zeiten des Lehrermangels unweigerlich aufzutreten hat — nun wohl schon an die 75 Jahre —, nur daß er diesmal zeitgemäß in Feldgrau gekleidet ist. Doch haben wir nicht den Eindruck, als ob die deutschen Unterrichtsverwaltungen so schnell geneigt seien werden, diesen feldgrauen Erziehern „aus die deutliche Jugend loszulassen“. Der „Reichsbote“ gibt übrigens eine Erwidерung, verfaßt von einem Ortschulinspektor, Raum, bleibt aber dabei, den Vorschlag seines ersten Einsenders zu unterstützen. Aus der zweiten Zuschrift gefällt ihm besonders, daß die „flüchtigen und gelehrteten Lehrer längst nicht immer die besten oder auch nur tüchtig sind“ und wie ichd: es sei, daß die schon Amtsbezeichnung „Schulmeister“ nicht mehr üblich ist. Man sieht, daß auch in der gegenwärtigen ersten Zeit noch für Heiterkeit gesorgt wird.

Man hat also — wenn auch nicht in Lübeck — schon allerlei jähre Zukunftspläne für die Erziehung der deutschen Jugend. Die Jugend kann sich gratulieren.

Links der Arbeit. Am Donnerstag nachmittag verunglimpte der auf der Kosischen Schiffswerft beschäftigte Arbeiter Dunkelmann dadurch, daß eine schwere Platte beim Transportieren vom Waggon und so unvorsichtig auf D. fiel, daß ihm beide Beine gebrochen wurden. Der Vermählte mußte ins Krankenhaus geschafft werden.

Segen minderwertige Konzerne! Vor kurzem wurde der Vorschlag gemacht, daß mit geistlichem Stand auf jeder Konferenzbüchle Name, Firma und Adresse des Fabrikanten und der Kaufpreis für den Verbraucher angegeben sein soll. Jetzt spricht ein halbdämmiger Nachrichtendienst für Ernährungsfragen den Wunsch aus, daß auf den Büchlein auch der Tag der Füllung mit bestimmt genannt werden möge. Die Güte der Konferenzen ist in vielen Fällen nach dem Alter zu beurteilen. Gegen Bezug bei den Angaben des Füllungstages schützt die Gefahr, durch die angezeigte zu werden, wenn ein Ausdruck in der Fabrik auf das Falsche falsche Angaben unter Bezugnahme auf bestimmte Paragrafen des Strafgesetzbuchs hinweist. Durch eine solche einfache Maßnahme würde eine besondere behördliche Beaufsichtigung bei der Füllung, die kostspielig und teuer wäre, und vielleicht doch ungenügend wirklich, entbehrlich werden. Es ist sehr erwünscht, daß der Schutz der Verbraucher gegen die Geheimnisse der Konferenzbüchle recht bald verwirklicht wird.

Das 6. Sinfoniekonzert des Vereins der Musikfreunde brachte am letzten Sonnabend als Gialetta des Programms die Ouverture zum Märchen von den schönen Melusinen von Helmboldsdorff-Betholen, in der Märchenzitungen und Romantik melodisch erklingt. Eine folgte Goldmarks großes A-moll-Sinfoniekonzert für Violoncello mit Orchesterbegleitung. Hier konnte Hartmann seine Meisterschaft als Geiger glänzend bestätigen. Technisch hervorragend, im Ton vielfach blendend schön, entledigte er sich seiner schwierigen Aufgabe unter dem rauschenden Beifall des allerdings nicht sehr zahlreich erschienenen Publikums. Starke Eindrücke hinterließ die zweite Sinfonie in B-dur von Boltzmann. Ein wichtiger Heldenmarsch von Carl Graumann, dem 1842 in Lübeck geborenen Komponisten, bildete den Schluß des Konzerts, mit dem Herr Kapellmeister Dr. Göbel als Dirigent den hervorragendsten Eigenschaften des Hörers einen hohen Kunstgenuss bereitete. Seiner Konzertreise eines kleinen Sinfoniekonzerts von Carl Graumann, dem 1842 in Lübeck geborenen Komponisten, bildete der Schluß des Konzerts, mit dem Herr Kapellmeister Dr. Göbel als Dirigent den hervorragendsten Eigenschaften des Hörers einen hohen Kunstgenuss bereitete. Seiner Konzertreise eines kleinen Sinfoniekonzerts von Carl Graumann, dem 1842 in Lübeck geborenen Komponisten, bildete der Schluß des Konzerts, mit dem Herr Kapellmeister Dr. Göbel als Dirigent den hervorragendsten Eigenschaften des Hörers einen hohen Kunstgenuss bereitete.

Zundgegenstände. Die im Jahre 1914 bei dem Polizeiamt eingelieferten Zundgegenstände, als Schirme, Handtücher, Brillen, Anteizer, Hüte, Kleidungs- und Wollkleidungsstücke, Damengürtel, Handschuhe, Handtaschen, Armbänder, Taschentücher, Ringe, Uhren, Broschen u. a. m. dergleichen diejenigen Funde lassen vom Jahre 1913 an dritten sich die Kinder des Eigentümers recht vorbehalten haben und dieselben nicht abholten, sollen am Montag, den 10. April ds. J., vormittags 9½ Uhr, falls etwaige Ansprüche bis dahin nicht geltend gemacht sind, im Gerichtssaal der Staatsanwaltschaft — unterhalb der Fleischbauerstraße — öffentlich versteigert werden.

b. Rente. Gemeinderatsitzung. Dem Gemeinderat wird mitgeteilt, daß der Gemeinde Stedt. St. im Felde, die Wiederwahl zum Präsidenten antritt. Gegen die Wiederwahl des Reges von Elsterin nach Kursk als Gemeinderat stimmt die

höheren Gehaltszage angenommen werden sollen. Es bleibt beim Gemeinderatsbeschluss. Auf ihren Antrag erhielten eine Gehaltsanhebung der Gemeindedienstler auf 1000 M., ohne Mahnschüsse, der Rechnungsführer auf 1200 M., der Gemeindepfleger auf 2400 M., dem letzteren wurde aufgelegt, mehr Bureauarbeiten zu halten. Die Sprechstunden werden dennoch in Zukunft kein von 9-12 Uhr jeden Werktag, außerdem am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend von 5-7 Uhr abends. Um der sich hier fühlenden Kartoffelknappheit zu begegnen, soll vorläufig eine Waggonladung angelauft werden. Zugleich soll bei der Regierung die Abgabe von möglichst 5 Schweinen für die Gemeinde beantragt werden. Sie soll als Butterfazit gelten, da die Regierung der Einführung einer Butterkarte ablehnend gegenübersteht. Den bedürftigen Konfirmanden wird ein Zuschuss von 20 M. bewilligt. Die Beschlüsse bedürfen der Wiedereholung gegen Beiflugsunzulässigkeit.

Hamburg. Neuregelung des Verkaufs von städtischem Schweinefleisch. Um das städtische Schweinefleisch mehr als bisher weiteren Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung zu kommen zu lassen und um zu verhindern, dass bestimmte Kunden beim Kauf des Fleisches bevorzugt werden, wird vom Mittwoch, dem 1. März, ab das städtische Schweinefleisch nur auf die hamburgische Brotkarte hin abgegeben.

1. Die Schlachter sind verpflichtet, die gesamten für den Vertrieb übernommenen Schweine mit Beginn des Verkaufs im Laden auszuhängen und das Fleisch an die Käufer auf die Brotkarte hin abzugeben, bis der Vorrat erschöpft ist.

2. Der Käufer erhält auf jede Brotkarte ½ Pfund Schweinefleisch mit der Maßkugel, das an einen Haushalt nicht mehr als 2 Pfund abgegeben werden darf.

3. Die Brotkarte ist auf der Rückseite vom Schlachter nach dem Fleischaufhang durch einen Stift mit Fl. zu kennzeichnen und dadurch für den weiteren Bezug von Fleisch zu entwerben.

Der Preis für das städtische Schweinefleisch ist vom 1. März

ab 1.50 auf 1.48 M. das Pfund festgesetzt. Halbe Pfunde sind mit 0.74 M., Viertelpfunde mit 0.37 M. und ein Zehntelpfund mit 0.15 M. zu bezahlen.

Eine angemessene Herausstellung des Preises für das städtische Schweinefleisch war nicht zu umgehen,

durchwurde es möglich, einen Ausgleich zu schaffen für den Kostenzuwand bei der Herstellung eines Pökels von ausständischem Schweinefleisch und für die durch längere Lagerung herverursachten Speisen. Im übrigen bleiben die Verkaufsbewilligungen die gleichen, auch darf das städtische Schweinefleisch nun wie vor nur in frischem Zustand abgegeben werden. Der Kundenbedarf ist auf der Karbonade zu belassen und mit dieser zu kommen zu verhindern.

Hamburg. Von der Heeresverwaltung als ver-

boten zurückgewiesene Ware billig verkauft.

In den Tageszeitungen, besonders in bürgerlichen, begegnet man

oft Anzeigen von Lebensmitteln, die in großen Quantitäten zu einem für jährlinge Zeit billigen Preise angeboten werden.

Von zuständiger Stelle ist gewohnt worden, vor dem Kauf solcher Lebens-

mittel die Waren zu erwischen, deren Vernahme die Heeres-

verwaltung ablehnte, weil sie nicht den Anforderungen entsprach,

die an sie gestellt werden mussten. Die Leute, die dann zu einem ihnen billig erscheinenden Preise solche Waren kaufen, können sie nicht verwenden.

Mit solchen von der Heeres-

verwaltung zurückgewiesenen Sachen, Speck und verarbeiteten

Waren hatten der Händler Hermann A. in und die Händlerin Ida Jacoby aus Altona einen lärmenden Handel ge-

treten. Da sie sich aber in der Großstadt aufzuhalten nicht recht

könnten, zogen sie mit ihrer Ware nach Rendsburg, wo sie

wohl absieben. Am Speck und Sachen nahmen sie 1.50 M. und

im Raum 1.50 M. für das Pfund. Die Käufer wiesen aber bald

sich als gründlich betrogenen waren. Speck und Sachen

waren voll Waden und auch die Wurst war ver-

rohrt. Die Polizei beschlagnahmte darauf den Rest. Wie es

erging hierzu, dass Frau A. zu diesem Zweck 500 M. gab, die

Ware, die von der Heeresverwaltung als verboten zurückgewiesen war, in Hamburg billig gekauft. Die

schlechtesten Stücke hat er ab und das übrige trennte er

selbst. Die Käufe der Ware wurde bedauert, aber nicht verbessert;

die Sachen blieben ziemlich gefährdet. Das Spann-

gesetz verbotete es, und Frau A. saß je drei Monaten Ge-

fängnis und 200 M. Geldstrafe, was sie kaum wie auch

der Staatsanwalt bestreit. Es konnte vor der Straf-

halle in Kiel aber zur gegen Frau A. verhängten Strafe

angeführt eingesessen werden. Die Berichtigung der Angeklagten wurde

als unbegründet betrachtet, auf die Berichtigung des Anklagenden wurde

es auch in Weise, wie in dieser Zeit der Rat billige Waren zu for-

den bestätigt. Doch noch einmal bestätigt ist dies zu geben. Die

Gedanken ließen aber auf den Handel mit solchen Waren ein schlechtes Juge haben, was ingeborene werten Speck und Wurst ge-

haben werden, das Lebensmittel, die als verderben von der

Heeresverwaltung zurückgewiesen werden, nicht weiter verant-

wortbar waren, damit nicht die Bevölkerung in ihrer Gesundheit

ein Koma gezwungen wird.

Kiel, 21. Februar 1915. Kämpft nach der Rückstellung der Rohstoffpreise der Verbrauch der Instrumente die Käufe nach die deutliche Preise. Der Durchschnitt der Instrumente hatte

im Kiel-Hausberg (so nennen auch die ersten Wachen des Januar, in denen die Sachen in Kiel im Gebrauch standen). Eine andre Kiel-Siedlung, bei der es in früherer Zeit zu Bergungen aller Art nicht fehlte) einen Zolltarif ver-

ordneten, der auf der letzten Seite des Montags folgendes Ze-

igt. Z. 2. Arbeit am dritten

Montag nach der 1. Arbeit unter

dem Namen „Glocken“, unter

